Der Landrat verwies auf die mehrheitliche Beschlussempfehlung des Kreisausschusses am 25.03.2019.

Abg. Lehmann sagte, er wiederhole seinen Antrag aus der Sitzung des Kreisausschusses am 25.03.2019. Der Antrag habe zum Inhalt, dass eine Beschlussfassung über die Änderung der Haushaltssatzung vertagt werden solle, bis eine schriftliche Entscheidung des Heimatministeriums in Düsseldorf bzw. von der Bezirksregierung Köln vorliege. Seine Fraktion sehe die Mitwirkung der Kommunen und der Bürgerinnen und Bürger bei der Erhöhung des Haushaltsansatzes für nicht gewährleistet. Man halte die Anpassung des Haushaltes nach § 54 KrO NRW und die Verabschiedung der neuen Haushaltssatzung für nicht rechtmäßig.

Abg. Skoda sagte, er habe bereits in der Sitzung des Finanzausschusses und des Kreisausschusses seine Ablehnung über die anstehende Änderung der Haushaltssatzung begründet. Seine Fraktion habe bereits in der Sitzung des Kreistages im Dezember die Verabschiedung des Doppelhaushaltes abgelehnt, da er zu optimistische Annahmen enthalte und der Verbrauch der Ausgleichsrücklage zu schnell erfolge. Die Risiken des Kreises der kommenden zwei Jahre würden dabei nicht berücksichtigt. Die Ausgleichsrücklage in Höhe von 15 Millionen Euro verringere sich in zwei Jahren auf etwas mehr als zwei Millionen Euro. Das führe dazu, dass unmittelbar nach den Kommunalwahlen die allgemeine Umlage für die Gemeinden exorbitant steige, da die kommenden Haushalte durch den zu starken Abbau in eine Schieflage gerieten. Seine Fraktion werde die Änderung der Haushaltssatzung ablehnen.

Abg. Dr. Fleck teilte mit, er habe zwar den Haushalt abgelehnt würde jedoch dem Antrag zustimmen. Auf seine Nachfrage, wie hoch der Basiszinssatz der Bundesbank sei, sagte der Landrat, dass der Basiszinssatz bei – 0,8 % liege.

Dann teilte der Landrat mit, dass er die Beratung zu Tagesordnungspunkt 10.1 vorziehe, da es sich hierbei um den weitest gehenden Antrag handele.

Anmerkung des Schriftführers:

Siehe weitere Ausführung unter TOP 10.1